

## N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler  
vom 25.02.2003 im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich**

Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 19.45 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Diesburg, Mechtilde - Vorsitzende  
Schmidt, Kathi  
Kucknat, Carola  
Geller, Herbert  
für Mohr, Christoph  
Hüttner, Manfred  
Reinartz, Ferdinand  
für Hummes, Dieter  
Lindlau, Detlef  
für Meißner, Elisabeth  
Schmitt, Elke  
Meirich, Thomas

b) sachkundige Bürger:

Scheen, Wolfgang  
Timmermanns, Peter  
Ohler, Käthe  
Walmanns, Peter  
Pelzer, Bernd  
Beckers, Rolf  
für Deserno, Inge

c) sachkundige Einwohner:

Gilles, Käthe  
Trigoso, Jorge  
Ölmez, Adnan  
Johnen, Hans  
Winkelmann, Joachim  
Korall, Hubert  
Peltzer, Anna-Maria

Entschuldigt fehlten: Hildegard Beilicke, Kirsti Greier, Elisabeth Breuer.

d) vom Amt für Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Kreises Aachen:

Frau Kranz, Abt.-Leiterin - Jugendarbeit (bis TOP 2)

e) von der Verwaltung:

Bürgermeister Dr. Linkens  
Dezernent von den Driesch  
Verw.-Fachwirt Eckers  
StA Oehler

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 21.01.2003 für Dienstag, den 25.02.2003, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

## **T A G E S O R D N U N G**

### **A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 07.05.2002.
2. Streetwork in Baesweiler;  
hier: Bericht der Frau Kranz - Abt.-Leiterin KJA Aachen
3. Jugendamt für die Stadt Baesweiler
4. Kindergartensituation
5. Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
6. Woche der Jugend 2002 und 2003  
- Rückblick und Planung -
7. Baesweiler Familienspielefest
8. Woche der Senioren 2002 und 2003 - Rückblick und Planung -
9. Neufestsetzung der Beihilfen der Stadt Baesweiler an Verbände und Vereine für spezielle Veranstaltungen
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

### **B) Nichtöffentliche Sitzung**

12. Personalkostenzuschuss für die Flüchtlingsberatung in Baesweiler
13. Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe an der KGS St. Barbara Setterich;  
hier: Antrag der Gruppe für Ausländerfreundlichkeit vom 18.11.2002
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Sie stellte fest, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales ordnungsgemäß eingeladen wurde und nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

## T A G E S O R D N U N G :

### A) Öffentliche Sitzung

#### 1. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 07.05.2002

---

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Niederschrift zur Sitzung vom 07.05.2002 zur Kenntnis.

#### 2. Streetwork in Baesweiler; hier: Bericht der Frau Kranz - Abt.-Leiterin KJA Aachen

---

Frau Kranz informierte die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales darüber, dass der Kreis Aachen und die Stadt Baesweiler seit 01.09.2002 ein neues Konzept zur Streetwork in Baesweiler entwickelt und verwirklicht haben. Die Streetwork wurde näher an den Jugendtreff Setterich angebunden und dadurch der Arbeit neue Impulse gegeben. Der Leiter des Jugendtreffs Setterich, Herr Schomburg, wird wieder schwerpunktmäßig Streetwork in Baesweiler durchführen. Die übrigen Mitarbeiter des Jugendtreffs Setterich sollen in die mobile Jugendarbeit eingebunden werden. Aufgabe des Streetworkers wird es sein, längerfristige Beziehungen zu den Jugendlichen aufzubauen mit dem Ziel, Angebote für Jugendliche zu entwickeln, die auch von ihnen genutzt werden. Dabei soll auch die konkrete Einzelfallhilfe nicht außer Acht gelassen werden.

In der Folge stellte Frau Kranz mehrere Maßnahmen und Aktionen, die schon eingeleitet oder geplant sind, vor. Beispielhaft seien hier die Aktionen Nightsports und soziale Trainingskurse genannt.

Neben der Arbeit „auf der Straße“ hat Herr Schomburg ständige Sprechzeiten im Jugendtreff Setterich. Weiterhin arbeitet er in der von der Stadt Baesweiler initiierten „Ordnungspartnerschaft“ mit.

Herr Timmersmanns dankte Frau Kranz für den von ihr gegebenen Überblick und hofft, da Herr Schomburg schon in früheren Zeiten gute Erfolge in der Streetwork erreicht hat, dass er diese auch jetzt wieder erreichen kann.

Herr Lindlau fragte nach, ob neben den bekannten Gründen für die einjährige Vakanz der Stelle auch das hohe Anforderungsprofil der Streetwork verantwortlich für die Vakanz sei und ob die Zusammenarbeit des Streetworkers mit der Polizei zu keinem Vertrauensverlust bei den Jugendlichen führen würde.

Frau Kranz bestätigte, dass das hohe Anforderungsprofil für die Streetwork die Besetzung der Stelle sehr schwierig gemacht habe. Die Zusammenarbeit mit der Polizei erfolge überwiegend mit dem Kommissariat Vorbeugung, sodass ein Vertrauensbruch zu den Jugendlichen nicht die Folge sei. In bestimmten Grenzbereichen benötigt der Streetworker aber auch die Polizei im ursprünglichen Sinne.

Herr Dezernent von den Driesch erläuterte kurz die von der Stadt Baesweiler eingerichtete „Ordnungspartnerschaft“. Der Streetworker hat bei seiner Mitarbeit die Gelegenheit, auf Probleme aufmerksam zu machen, ohne Namen zu nennen und damit das Vertrauen der Jugendlichen zu erhalten.

Bürgermeister Dr. Linkens wies darauf hin, dass, wenn er in seiner Sprechstunde Informationen über Problemfelder im Stadtgebiet erhalte, er dann den Kontakt zum Streetworker suche. Wichtig sei es zu wissen, dass nicht jeder Treffpunkt von Jugendlichen ein sozialer Brennpunkt ist.

Herr Beckers mahnte an, dass eine Kontinuität in der Jugendarbeit wichtig sei und fragte nach, wie lange das Konzept, das hier vorgestellt wurde, durchgeführt werden solle. Weiterhin wollte er wissen, ob der Streetworker für das gesamte Stadtgebiet zuständig sei.

Frau Kranz bestätigte, dass der Streetworker für das gesamte Stadtgebiet zuständig sei und dass seine Arbeit in der vorgestellten Form nun kontinuierlich durchgeführt werden soll.

Auf Anfrage von Herrn Lindlau bestätigte Frau Kranz, dass Herr Schomburg weiterhin Leiter des Jugendtreffs Setterich bleibe.

Herr Geller stellt heraus, dass im Rahmen der Streetwork Konflikte über Beziehungen zu lösen seien. Herr Schomburg sei da der richtige Mann am richtigen Platz.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Vereinbarung zwischen der Stadt Baesweiler und dem Amt für Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Kreises Aachen zur offenen Jugendarbeit sowie die Ausführungen der zuständigen Abteilungsleiterin, Frau Kranz, zu den ersten Erfahrungen mit dem neuen Konzept zur mobilen Jugendarbeit zur Kenntnis.

Er beauftragte einstimmig die Verwaltung, nach diesem Konzept eine kontinuierliche offene Jugendarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Kreises Aachen umzusetzen.

### **3. Jugendamt für die Stadt Baesweiler**

---

Bürgermeister Dr. Linkens dankte Herrn von den Driesch für die ausführliche Verwaltungsvorlage und die damit verbundenen vorbereitenden Arbeiten.

Herr Timmermanns dankte Herrn von den Driesch für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion habe sich intensiv mit der Verwaltungsvorlage auseinandergesetzt und käme zu den gleichen Ergebnissen wie der Rechts- und Sozialdezernent.

Herr Lindlau kritisiert die Verwaltungsvorlage. Der Ausschuss für Jugend und Soziales sei nicht in genügendem Maße beteiligt worden.

Viele Punkte seien aufgrund von subjektiven Entscheidungen der Verwaltung entschieden worden. Weiterhin seien Absprachen zwischen dem Kreis Aachen und der Stadt Baesweiler getroffen worden, an denen der Ausschuss nicht beteiligt worden sei. Vielmehr solle der Ausschuss jetzt ein fertiges Konzept absegnen, das die Verwaltung mit dem Kreis gestrickt habe.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte klar, dass die Verwaltung und die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Soziales jederzeit bereit gewesen wären, Anträge der Fraktionen auf die Tagesordnung zu setzen oder bei Bedarf eine zusätzliche Sitzung einzuberufen.

Weiterhin wies der Bürgermeister energisch darauf hin, dass die Erarbeitung der Verwaltungsvorlage ohne jeglichen Einfluss des Kreises Aachen erfolgte. Er forderte Herrn Lindlau auf, konkrete Diskussionspunkte aus der Vorlage zu nennen.

Herr Lindlau führte nochmals aus, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales schon im Vorfeld der Arbeiten an der Vorlage hätte beteiligt werden sollen. Eine solche Beteiligung würde mit Sicherheit erfolgen, wenn die Stadt Baesweiler ein eigenes Jugendamt hätte. Ein Kritikpunkt sei zum Beispiel der Vergleich mit der Stadt Alsdorf bei der Personalberechnung.

Herr Bürgermeister Dr. Linkens wies darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage ein Vorschlag sei. Es handele sich um ein Konzept, das Diskussionsgrundlage für den Ausschuss für Jugend und Soziales bilde. Der Vergleich mit anderen Städten sei detailliert vorgenommen worden. Dabei wurde die Größenordnung der Städte berücksichtigt. Weiterhin ist zu beachten, dass die sozialen Strukturen in den Städten zwar verschieden seien, aber es gebe keine Stadt, die genau so wie Baesweiler sei. Daher mussten Näherungswerte gebildet werden.

Dezernent von den Driesch führte aus, dass lediglich die Stadt Alsdorf Vergleichszahlen zur Verfügung gestellt hat. Mit allen anderen Kommunen des Kreises Aachen wurden Gespräche geführt, entsprechende Zahlen aber nicht geliefert. Im Übrigen erläuterte er nochmals, warum und weshalb welche Zahlen als Vergleichszahlen angenommen wurden.

Herr Timmermanns stellte für seine Fraktion klar, dass in den letzten Jahren überall da, wo Diskussionsbedarf vorhanden war, diskutiert worden sei. Der Ausschuss für Jugend und Soziales sei jederzeit an allen Entscheidungen beteiligt gewesen. Der Ausschuss für Jugend und Soziales hat die bisherige Arbeit der Verwaltung kritisch und konstruktiv begleitet.

Für Herrn Beckers war bei der Entscheidung über ein eigenes Jugendamt folgende Kernaussage maßgeblich: Ein eigenes Jugendamt ist nur dann sinnvoll, wenn dadurch die Qualität der Arbeit verbessert werden kann oder zumindest bei gleich bleibender Qualität die Kosten im Vergleich zu den Kosten bei weiterer Zuständigkeit des Kreises Aachen geringer wären. Weder könnte durch ein eigenes Jugendamt die Qualität der Arbeit verbessert

werden, noch könnten die Kosten gesenkt werden.

Für die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen würde er dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er lobte nochmals die Arbeit des Kreisjugendamtes.

Herr Lindlau resümierte für seine Fraktion, dass bei einem eigenen Jugendamt die Qualität mindestens gleich bliebe, die Kosten aber gesenkt werden könnten.

Herr Geller merkte an, dass man zu einem solchen Ergebnis nur kommen könne, wenn man die ausführliche Verwaltungslage nicht ganz gelesen oder nicht verstanden habe.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Qualität und zu den Kostengesichtspunkten des Kreisjugendamtes Aachen im Verhältnis zu einem möglichen eigenen Jugendamt für die Stadt Baesweiler zur Kenntnis und empfahl bei drei Gegenstimmen dem Stadtrat, von der Einrichtung eines eigenen Jugendamtes vorläufig abzusehen und die Verwaltung zu beauftragen, nach Ablauf von drei weiteren Jahren die Ergebnisse einer Prüfung eines eigenen Jugendamtes für die Stadt Baesweiler erneut vorzulegen.

#### **4. Kindergartensituation**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur Kindergartenplatzsituation und -bedarfsplanung ohne Aussprache zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung einstimmig, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinder-, Jugend- und Familienberatung des Kreises Aachen weiterhin eine zeitnahe und bedarfsorientierte Prüfung durchzuführen sowie rechtzeitig für die Bereitstellung neuer erforderlicher Kindergartenplätze Sorge zu tragen.

#### **5. Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm ohne Aussprache die Ausführungen der Verwaltung zur Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einstimmig zur Kenntnis. Wenn endgültige erfassbare Kosten bestimmt werden können, wird der Ausschuss für Jugend und Soziales weiter unterrichtet.

#### **6. Woche der Jugend 2002 und 2003 - Rückblick und Planung -**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm ohne Aussprache die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung einstimmig, für das Jahr 2003 erneut eine Woche der Jugend mit einem integrierten Lach-Möwen-Löwen-Tag auf dem Kirchvorplatz in Baesweiler zu planen.

## **7. Baesweiler Familienspielefest**

---

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm ohne Aussprache die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung einstimmig, für das Jahr 2003 das 8. Familienspielefest durchzuführen.

## **8. Woche der Senioren 2002 und 2003 - Rückblick und Planung -**

---

Bürgermeister Dr. Linkens führte auf Anfrage aus, dass weiterhin neben der Woche der Senioren Veranstaltungen durchgeführt werden, die der Integration ausländischer Mitbürger förderlich sein werden. Es bestehen zu allen muslimischen Kirchengemeinden weiterhin Kontakte, und die Verwaltung sowie auch der Ausländerbeirat bemühen sich, integrative Veranstaltungen durchzuführen.

Herr Ölmez verdeutlichte, dass alle ausländischen Vereine bereit seien, mit ihren Mitgliedern an den Veranstaltungen der Woche der Senioren teilzunehmen.

Herr Lindlau schlug vor, eine Veranstaltung durchzuführen, bei der deutsche und ausländische Senioren jeweils die Lebensweise der anderen Gruppe kennen lernen.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortete einstimmig die Durchführung der 3. Woche der Senioren in Baesweiler.

## **9. Neufestsetzung der Beihilfen der Stadt Baesweiler an Verbände und Vereine für spezielle Veranstaltungen**

---

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte die Verwaltungslage dahingehend, dass durch die enormen Einnahmeverluste bei der Stadt Baesweiler freiwillige Leistungen eingeschränkt werden müssen. Sollte dies nicht durchgeführt werden, würde die Stadt Baesweiler über kurz oder lang ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben. Die Folge daraus wäre, dass der Regierungspräsident bestimme, welche Leistungen erbracht werden dürfen. Folglich würden dann gar keine freiwilligen Leistungen mehr erbracht werden können.

Um dies zu vermeiden, soll frühzeitig durch eine Kürzung der Zuschüsse dem entgegen gearbeitet werden.

Der Bürgermeister stellte nochmals die im Haushalt beschlossenen Kürzungen vor. Trotzdem sollen weiterhin Zuschüsse gewährt werden an Arbeiterwohlfahrt, Johanniter Unfallhilfe, Wohn- und Pflegeheim Setterich, Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener, Lebenshilfe für

Behinderte, Verband der Kriegsbeschädigten, DRK, Bund Silikoseerkrankter, Förderverein der Martinusschule, Kreis der Behinderten und Sozialdienst der katholischen Männer und Frauen.

Herr Beckers bat darum, die Einsparungen, die aus den zu beschließenden Maßnahmen erfolgen, festzuhalten und den Ausschuss zu gegebener Zeit darüber zu informieren.

Herr von den Driesch sagte zu, sobald die Zahlen vorliegen, den Ausschuss zu informieren.

Herr Pelzer informierte die Mitglieder des Ausschusses für Jugend Soziales darüber, dass die Stadt Hückelhoven sämtliche Zuschüsse an Vereine gestrichen hat.

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Verwaltungsausführungen zur Kenntnis und beschloss bei einer Enthaltung, unter Aufhebung der bisherigen Beihilferichtlinien und auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 7.12.2002 sowie der Haushaltssatzung 2003 Beihilfen an Verbände und Vereine für die in der Verwaltungsvorlage genannten speziellen Veranstaltungen gemäß den darin gemachten Ausführungen zu gewähren.

## **10. Mitteilungen der Verwaltung**

---

Es lagen keine Mitteilungen vor.

## **11. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

---

Herr Pelzer dankte der Verwaltung für die Organisation und Durchführung des Besuches in der JVA Heinsberg.

Herr Lindlau fragte nach, ob im Jugendcafé und im Jugendtreff Setterich jetzt mehrfach Einbrüche stattgefunden haben.

Bürgermeister Dr. Linkens bestätigte, dass Einbrüche stattgefunden haben. Zwischenzeitlich seien an beiden Gebäuden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt worden. Einbrüche seien nun nur noch mit größter Gewalt möglich.

Die Vorsitzende schloss die öffentliche Sitzung, bedankte sich bei Zuhörern und der Presse und stellte die Nichtöffentlichkeit der Sitzung sicher.